

# Ist es das, was man ein sicheres Gebiet nennt?

Hasan Raza

Vor über zehn Jahren wurde irakisch Kurdistan in ein grosses Flüchtlingslager umgewandelt, in welchem die UNO ein Minimalangebot an Nahrungsmitteln und lebenswichtigen Gütern unter die Bevölkerung verteilt. Die politische Zukunft dieser Region, aufgerieben zwischen den Interessen der USA und der irakischen Regierung, gleicht einer Tragödie bestimmt durch Unklarheit, Unsicherheit und Angst. Die irakische Regierung ist in konstanter militärischer Bereitschaft um die Region zu destabilisieren und allenfalls zu besetzen. Katastrophen, terroristische Aktionen und Bombenlegungen durch den Geheimdienst, die Bombardierungen der Grenzgebiete Kurdistans, die geheimen Pläne und Verhandlungen mit den führenden kurdischen Parteien bewirkten eine absolut undurchsichtige, unsichere und fragile politische Situation. Unter dem Vorwand der Bekämpfung der PKK, intervenierten türkische Truppen mit militärischen Grossaufgeboten schon über 130 Mal in irakisch Kurdistan. Der Einmarsch ihrer Truppen war eine grosse Bedrohung für das Leben und den Besitz der BewohnerInnen. Die Bombardierungen von Städten und Dörfern, die Legung von Landminen, das Kidnapping Oppositioneller mit Hilfe der führenden kurdischen Parteien, die bewaffnete Gewalt gegen das kurdische Volk machen die politische Lage unerträglich. Die islamische Republik Iran und ihr Geheimdienst haben mehr als 500 Mitglieder der Opposition terrorisiert. Die Büros und Fallen ihres Geheimdienstes sind überall. Fundamentalistische islamistische Gruppen, vom Iran und von Saudiarabien un-

terstützt, starteten einen Krieg gegen alle, dem praktizierten Islam, gegenüber kritisch Eingestellten, den AnhängerInnen des Christentums, SchriftstellerInnen und Kunstschaffende, Frauen und Mitglieder kommunistischer Gruppen. Tägliche Sprengstoffanschläge auf Weinhandlungen, Schönheitssalons, Parkanlagen, Büros humanitärer Organisationen und moderne Kulturzentren verwandelten diese Region in eine Hölle auf Erden. Die willkürliche Ermordung von Gefangenen, die Zerstörung von Wohnhäusern sowie die bewaffnete Gewalt gegen Oppositionelle sind an der Tagesordnung und Ausdruck der Politik und Regierungsweise in irakisch Kurdistan. Das von beiden Parteien unterzeichnete Washingtoner Abkommen konnte weder die Probleme lösen, noch ihre Machtkämpfe beenden oder eine Perspektive für die Zukunft der Region aufzeigen. PUK und KDP regieren mit Hilfe von bewaffneten Milizen. Unter Anwendung der Gesetze und Regeln der Regierung Sadams versuchen sie über diese Region zu herrschen; ein Gebiet wo es weder Pressefreiheit noch Streikrecht, weder ein Demonstrations- noch ein Organisationsrecht gibt. Irakische KurdInnen müssen zu Tausenden nach Europa flüchten, da die politische und soziale Situation in dieser Region unsicher und instabil ist. Die Wirklichkeit ist anders als sie von einer Delegation des Bundesamtes für Flüchtlinge BFF während einer Reise im März 2001 wahrgenommen wurde. Die Zukunft irakisch Kurdistans ist höchst ungewiss. Es gibt weder eine Verfassung noch eine zivile Gesetzgebung. Das Risiko, zentralirakischen Interventio-

nen ausgesetzt zu werden, bleibt weiterhin bestehen. Die drohenden Interventionen durch türkische Truppen in irakisch Kurdistan, Interventionen der iranischen Republik und ihrem Geheimdienst, die Nichteinhaltung des Washingtoner Abkommens zwischen den zwei führenden Parteien irakisch Kurdistans PUK und KDP und die daraus resultierende Gefahr eines Bürgerkriegs, die Fortdauer terroristischer Anschläge islamistischer, durch den Iran und Saudiarabien unterstützten Gruppen. Die fehlende politische Freiheit und die ständigen Verletzungen der Menschenrechte sind weitere Gründe für die fortdauernden Fluchtbewegungen irakischer KurdInnen nach Europa. Die Flüchtenden erhoffen sich Sicherheit und Schutz vor politischer Verfolgung und Gewalt. Ihre Fluchtgründe sind nicht wirtschaftlichen Ursprungs. Die negativen Asylentscheide des BFF haben in den letzten Monaten stark zugenommen und die Abgewiesenen müssen mit der Rückschaffung nach irakisch Kurdistan rechnen.

Deshalb wurde eine Petition an den Bundesrat, dem Parlament, der Justiz- und Polizeidirektion und dem Direktor für Flüchtlinge vorbereitet. Darin wird verlangt, dass der Entscheider des BFF vom 8. Oktober 1999, wonach irakisch Kurdistan eine sichere Region und die Rückschaffung Asylsuchender nach irakisch Kurdistan zumutbar sei. Folglich wird ein Bleiberecht für alle irakischen Flüchtlinge gefordert.

**Info und Petitionsbögen bei: International Federation of Iraqi Refugees, IFIR - Schweizer Sektion  
PF 7643, 3001 Bern  
Telefon/Fax: 031/992 79 03**